

Rede von Minister Stephan Toscani zur Konferenz der KAS Paris und Cerfa/Ifri am 25. Mai 2010 zum Thema:

„Das deutsch-französische Tandem und die Herausforderungen der Krise in Europa“

Monsieur le Ministre,
cher Pierre Lellouche,
sehr geehrte Herren David, Wolff und Stark,
Mesdames et Messieurs,
meine sehr verehrte Damen und Herren,

Ich bin sehr froh, heute bei Ihnen zu sein. Ich vertrete ein deutsches Bundesland, das in besonderer Weise **Teil unserer gemeinsamen Geschichte** ist. Das Saarland ist nicht nur Brücke zwischen Deutschland und Frankreich, es ist auch ein **Seismograph** der deutsch-französischen Beziehungen.

Diese gemeinsame Geschichte in unserer **Grenzregion** hat die Menschen besonders geprägt. Es ist kein Zufall, dass ein großer Europäer wie **Robert Schuman** ein Kind unserer Grenzregion ist. Er hat erkannt, was heute unser Selbstverständnis ist: Grenzregionen sind die **Nahtstellen Europas**.

Deshalb beobachten wir im Saarland mit Interesse und Sympathie das Engagement von Pierre Lellouche, der als Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten seinen Fokus unter anderem auf die französischen Grenzregionen gelegt hat.

Für die Gründerväter Europas waren nach dem Zweiten Weltkrieg Frieden, Freiheit, und Wohlstand die entscheidenden Motive, die Integration voranzutreiben. Für die Jüngeren sind diese Werte heute selbstverständlich; das ist gut, denn die Gründerväter der Europäischen Einigung wollten, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand nach dem Inferno des Kriegs zur Normalität werden.

Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen hängt nun von uns ab. Davon, ob wir als jüngere Politiker-Generation es schaffen, die Fackel weiterzutragen. Und vor allem, ob wir dies auch wollen.

Fremde Freunde

Für jedes Paar gilt – und deshalb auch für das deutsch-französische Paar – hier leben zwei **unterschiedliche** Menschen zusammen.

Wir sind **Freunde** – aber eben **unterschiedliche** Freunde.

Sich dessen bewusst zu sein, ist kein Drama – die entscheidende Frage ist, wie man damit umgeht.

Gerade weil beide Staaten oftmals „fremde Freunde“ sind, haben sie es immer wieder verstanden, auf der Basis von zunächst konträren Positionen einen Kompromiss zu erzielen und so die europäische Familie zu einen. Unterschiedliche Interessen formten sich durch Kompromisse zu einem einheitlichen deutsch-französischen Interesse und oft entstand daraus ein gemeinsames Projekt. Dieser bilaterale Verständigungsprozess ist das Ergebnis eines Dialogs, der auf gegenseitigem Verständnis aber auch der richtigen Tonlage gründet.

Beides war gerade in der jüngeren Vergangenheit nicht immer gegeben: Ein negatives Beispiel dafür ist, wie in Deutschland mit dem Vorschlag von Pierre Lellouche, der Idee eines gemeinsamen Ministers, umgegangen wurde. Dieser Vorschlag war mutig. Es hat mich als Europaminister sehr enttäuscht, dass dieser Vorschlag in Berlin auf so wenig Gegenliebe gestoßen ist. Schlimmer noch, dass er dort kaum wahrgenommen wurde.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass der Ton zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen Monaten nicht immer glückt.

Eurokrise

Die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** hat zurecht vor wenigen Tagen anlässlich der Karlspreis-Verleihung in Aachen die **Idee der europäischen Einigung** ist die bestechendste, großartigste, verheißungsvollste Idee bezeichnet, die Europa je gesehen hat.

Ich behaupte, dass die so genannte „Eurokrise“ eine ebensolche Bewährungsprobe für das deutsch-französische Paar ist. Die Fähigkeit, sich in den anderen hineinzusetzen, ist in der Krise wichtig! **Empathie**. Das ist auch in der Euro-Krise gefragt. Diese Empathie hilft, Spannungen zu vermeiden. Und sie wäre auch in der aktuellen Situation der deutsch-französischen Beziehungen hilfreich. Denn ohne deutsch-französische Verständigung steht Europa still.

Ursachen der Krise

Beide Länder setzen unterschiedliche Akzente, wenn sie die Ursachen der Krise beleuchten. Für Frankreich sind die Spekulanten Verursacher der Krise. Deutschland ist der Auffassung, dass Griechenland seit Jahren über seine Verhältnisse lebt und erst dadurch anfällig für Spekulation geworden ist.

Es gehört zur ganzen Wahrheit, dass vor der Entscheidung, ob Griechenland an der gemeinsamen Währung teilhaben soll, durchaus bekannt war, dass nicht alle Kriterien erfüllt waren, dass es Zweifel an der Wettbewerbsfähigkeit gab und nicht sicher gestellt war, ob Griechenland die notwendigen Anpassungsmaßnahmen erfüllen kann.

Viele politische Beobachter in Frankreich haben Kanzlerin Merkel vorgeworfen, in der Griechenlandkrise zu spät reagiert zu haben. Aber die Haltung der Kanzlerin lässt sich besser verstehen, wenn man einen Blick in die Geschichte wirft: Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen war die D-Mark mehr als eine Währung. Sie war Teil der westdeutschen Staatsraison. Das einstige Versprechen Helmut Kohls, dass der Euro so stabil wie die D-Mark würde, ist nach wie vor präsent.

Mir ist bewusst, dass es in Fragen der Währungspolitik unterschiedliche Traditionen und Denkschulen in Deutschland und Frankreich gibt. Ich werbe jedoch um Verständnis dafür, dass nach den Wirrungen des 20. Jahrhunderts mit Inflation, Geldentwertung, Währungsreformen zum Grundbestand nahezu aller politischen Strömungen in Deutschland zählt, sich für Währungsstabilität und eine ebenso starke wie unabhängige Zentralbank einzusetzen. Die Unabhängigkeit der Zentralbank, auch der EZB, ist in Deutschland kein Mythos, sondern fester Bestandteil unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ein Rütteln an diesem Grundsatz führt in Deutschland zu Verunsicherung und zu Vertrauensverlust. Und erklärt, warum Kanzlerin Merkel zunächst die öffentliche Meinung überzeugen musste, bevor sie dem Rettungspaket für Griechenland zustimmen konnte.

Vor zehn Jahren haben sich die EU-Mitgliedsstaaten in Lissabon den wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zum Ziel gesteckt. Dieses Ziel tragen wir gemeinsam. Ich teile deswegen, da will ich unter Freunden auch ganz offen sein, die **französische Kritik** an einer angeblich gezielten **Niedriglohnpolitik** Deutschlands auf Kosten der Nachbarn nicht. Ich stelle nicht in Abrede, dass deutsche Unternehmen Vorteile aufgrund niedriger Kosten haben. Dies geschieht jedoch nicht aufgrund politischer Vorgaben, sondern aufgrund unternehmerischer Entscheidungen und Vorlieben von Verbrauchern weltweit.

Und im übrigen entspricht es genau der Zielsetzung, die sich die EU damals in Lissabon gegeben hatte.

Deutschland war und ist ein **Exportland**, wir haben einen starken und innovativen **Mittelstand** und es ist in der Tat so, dass sich die **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft mit der Euro-Einführung erhöht hat. Das hat den Deutschen geholfen, auf die **D-Mark** zu verzichten. Deutschland profitiert überdurchschnittlich vom Euro. Früher konnten Länder ihre Währung in schwierigen Zeiten abwerten und ihre Produkte so billiger anbieten. Seit es den Euro gibt, ist das nicht mehr möglich. Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist dies ein Vorteil.

Im kollektiven Bewusstsein der Deutschen ist diese Grundtatsache so gut wie nicht verankert, wohl aber im kollektiven Gedächtnis Frankreichs. Auch daraus erklären sich einige Irritationen der letzten Wochen und Monate.

Dies müssen wir auch bedenken, wenn wir die Möglichkeit einer **europäischen Wirtschaftsregierung** diskutieren. Zweifellos ist eine stärkere **wirtschaftspolitische Koordinierung** für den Euroraum notwendig. In welcher Form - darüber ist zu reden.

Die so genannte Euro-Krise ist eine Bewährungsprobe für die EU, vor allem aber für die deutsch-französischen Beziehungen. Wie so oft in der Vergangenheit, sollten wir die Krise als Chance begreifen, den europäischen Einigungsprozess voranzutreiben.

Wir brauchen deshalb erstens den Euro-Rettungsschirm, um handlungsfähig zu sein. Wir müssen zweitens auf Haushaltsdisziplin und Stabilität achten und drittens, diese Haushaltsdisziplin überwachen.

Hier wird deutlich, wie wichtig es ist, dass auch Staaten **nachhaltig haushalten** und wirtschaften. Ich bin optimistisch, dass wir hier auf einem guten Wege sind.

Rahmen für Finanzmarktregulierung

Auch wenn ich nicht die Meinung vertrete, dass rücksichtslose **Finanzspekulationen** oder das Agieren von **Ratingagenturen** die Krise in Griechenland oder die Probleme des Euroraumes verursacht haben, so haben sie zumindest aber die Lage verschärft. Deshalb ist unstrittig: Wir brauchen eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte.

Ich will auch auf die **Kritik** am deutschen Vorstoß zum **Verbot ungedeckter Leerverkäufe** eingehen. Natürlich darf man hier unterschiedlicher Meinung in der Sache und der Vorgehensweise sein. Tatsache ist, dass wir gemeinsam der Meinung sind, dass eine **entschlossene Finanzmarktregulierung notwendig** ist und wir nicht allzu lange damit warten sollten.

Tatsache ist aber auch, dass die **Entscheidungsprozesse in der EU** immer noch sehr **langsam** laufen und es nur schwer zu akzeptieren ist, dass Brüssel erst im Herbst ein Konzept vorlegen kann oder will. Aus Sicht der Bundesregierung war schnelles Handeln geboten. Ich erinnere daran, dass man der Kanzlerin ein zu zögerliches Handeln vorgeworfen hat. Wie Sie sehen: Sie kann auch anders. Hier hat sie das Gegenteil unter Beweis gestellt.

Fazit

Die so genannte „Eurokrise“ ist eine Bewährungsprobe für das deutsch-französische Paar. Sie bietet Potenzial, die Beziehung weiter zu vertiefen, vom Anderen zu lernen. Oder eben die Gefahr der Entfremdung, die Dominanz nationalstaatlicher Interessen und der Rückzug, den man bisweilen bei älteren Paaren beobachtet

Aus der Ehe ist eine Familie geworden. Diese Familie hat nur Zukunft, wenn sie Kinder hervorbringt.

Wir brauchen also gemeinsame Projekte. Das, was Robert Schuman als **solidarité de fait** bezeichnet hat.

Er sagte in seiner berühmten Rede im Uhrensaal des Quai d'Orsay am 9. Mai 1950: *L'Europe ne se fera pas d'un coup, ni dans une construction d'ensemble : elle se fera par des réalisations concrètes créant d'abord une solidarité de fait.*

Diese solidarité de fait – das sind die Babys des deutsch-französischen Paares.

Dafür gibt es durchaus gute Ansätze – etwa die Agenda 2020, die ein neues Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen markiert. Oder die zukünftige Ausrichtung der deutsch-französischen Grenzregionen, die wir gemeinsam ganz im Sinne von Pierre Lellouche als Nahtstellen unserer beiden Länder vorantreiben sollten. Dort, wo beide Partner ein vitales Interesse an ihrer Beziehung haben, ist Entwicklung möglich und spannend.

Wo aber liegen künftig weitere Chancen für Entwicklungssprünge in den deutsch-französischen Beziehungen? Für weitere „Babys“? Ich glaube, dass das Stockholmer Programm eine ebensolche Chance auf eine deutsch-französische Initiative bietet. Ich kann mir vorstellen, die Ansätze zur grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit weiter auszubauen. Ein anderes Beispiel mit einer starken symbolischen Bedeutung ist das gemeinsame deutsch-französische Gesetz, das von François Copé auf den Weg gebracht wird und dessen Umsetzung die Konrad-Adenauer-Stiftung dankenswerterweise unterstützt.

Was die deutsch-französischen Beziehungen betrifft, so rate ich uns zu angemessener **Gelassenheit**. Für sachliche Kritik, unterschiedliche Meinungen und offene Worte muss in einer Freundschaft immer Platz sein. Umso wichtiger ist der **ständige Dialog** miteinander – so wie heute – um gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Leitlinie sollte dabei unser europäisches Gesellschaftsmodell sein, der „European way of life“.

Vor wenigen Tagen hat **Jean Bizet** in einem Gastkommentar in einer deutschen Zeitung geschrieben: „Deutschland ist unser **Verbündeter, unser Konkurrent und unser Spiegel**, der uns zwingt, uns ins Gesicht zu schauen. Die Vorwürfe, die Deutschland gemacht werden, sind nur allzu oft Vorwürfe, die wir uns auch selbst machen können“. Umgekehrt gilt dies ebenso.

